

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 05.04.2016

Beauftragung eines Gutachters zur Aufklärung möglicher Einflussnahme der Staatssicherheit auf den Niedersächsischen Landtag und die niedersächsischen Parteien

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

Das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit der DDR diene nicht nur der Bespitzelung und Überwachung der eigenen Bevölkerung, sondern auch zur Spionage außerhalb der DDR.

Zu den Beobachtungsobjekten gehörten westdeutsche Parlamente, Parteien und Regierungen, allen voran der Deutsche Bundestag. Es gibt eine Reihe von Fällen, in denen sich die Staatssicherheit Informationsquellen im Bundestag - auch unterhalb der Abgeordnetenebene - erarbeiten konnte. Manipulation, Bestechung oder Erpressung von Abgeordneten waren Instrumente der Stasi, welcher sie sich bedient hat, um Informationen zu erhalten oder um Einfluss auf Abgeordnete und ihre Entscheidungen zu nehmen.

Dank eines von Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert am 28. Oktober 2010 bei der Stasiunterlagenbehörde in Auftrag gegebenen Gutachtens ist bekannt, dass Abgeordnete aus fast allen politischen Richtungen von den Machenschaften der Stasi betroffen waren. Der Gutachter Dr. Georg Herbsttritt belegte vor der Enquetekommission des Niedersächsischen Landtages sehr differenziert, welche Abgeordneten, Parteipolitiker, Mitarbeiter von Abgeordneten, Parlamentsgremien und Regierungen auf der Bundesebene in welchem Umfang für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet haben. Bei seinen Recherchen stellte er zufällig auch fest, dass auch zwei niedersächsische Landtagsabgeordnete im Landtagwahlkampf 1974 mit größeren Geldsummen von der Stasi gesponsert worden sind.

Zu den Themenfeldern der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ gehört die Aufklärung, inwieweit „Behörden und Parteien unterwandert“ worden sind. Dieser Arbeitsauftrag beinhaltet folgerichtig eine Aufarbeitung der Stasi-Aktivitäten im Niedersächsischen Landtag seit 1949.

Der Landtag möge daher beschließen:

Der Landtag beauftragt einen unabhängigen Sachverständigen mit der Aufgabe, ein Gutachten zu erstellen, das die Aufarbeitung möglicher Verbindungen von Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages zum ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit der DDR seit 1949 zum Gegenstand hat. Weiterhin soll eine mögliche Unterwanderung der niedersächsischen Parteien untersucht werden.

Begründung

Die Aufklärung der Einflussversuche ist eine wichtige historische Aufarbeitung für die Beziehungen zwischen Ost und West und zeigt, wie demokratische Gremien Ziel für versuchte Subversion sein können. Ein vergleichbares Gutachten über ein Landesparlament in Westdeutschland hat es in dieser Form bis heute nicht gegeben - Niedersachsen wäre hier beispielgebend.

Der Niedersächsische Landtag hat mit der Einsetzung der Stasi-Enquetekommission ein Zeichen gesetzt, sich aktiv mit der Bedeutung der Staatssicherheit in Niedersachsen auseinanderzusetzen. Dabei werden nahezu alle denkbaren Aspekte der Tätigkeit der Staatssicherheit auf niedersächsi-

schen Boden beleuchtet: angefangen von der Bespitzelung einfacher Bürgerinnen und Bürger bis hin zur Aufklärung militärischer Objekte. Es ist daher folgerichtig, dass auch der Niedersächsische Landtag selbst Untersuchungsgegenstand wird. Nur so kann gewährleistet werden, dass ein Gesamtbild der Stasiaktivitäten in unserem Land entstehen kann.

Hierfür könnte der Landtag den Historiker Herrn Dr. Georg Herbstritt von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR beauftragen, der einen gleichlautenden Auftrag des Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert bearbeitet hat.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer